

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2007

Abgeschlossen am 31. März 2007. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Europäische Union umfasst nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien 27 Mitgliedsländer. Slowenien ist mit Jahresbeginn als 13. EU-Land in die Währungsunion eingetreten. Mit der Berliner Erklärung anlässlich der 50-Jahr-Feiern versucht die EU-Präsidentschaft einen Neubeginn für einen verfassungsähnlichen Vertrag. Der Weltklimabericht bestätigt, dass die Erderwärmung durch menschliches Verhalten bedingt ist. Die EU reagiert anlässlich des Ratstreffens mit Zielvorgaben für die künftige Klima- und Energiepolitik in Europa.

1. Jänner: Nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien umfasst die Europäische Union 27 Mitgliedsländer mit einer Gesamtbevölkerung von 490 Mio. Slowenien führt als 13. Mitgliedsland die gemeinsame Währung ein. Deutschland übernimmt nach Finnland den Vorsitz im Europäischen Rat.

9. Jänner: Venezuelas Präsident Hugo Chavez kündigt weitere Verstaatlichungen auf dem Weg des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" an. Strategische Sektoren wie das Fehmeldewesen, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung sollen verstaatlicht werden. Davon sind auch Unternehmen betroffen, die an der New Yorker Börse notieren. Die Frage der Entschädigung ist noch ungeklärt. Venezuela soll mit einer Verfassungsreform, durch die auch die Notenbank ihre Autonomie verliert, zu einem sozialistischen Land gemacht werden.

14. Jänner: Im Konflikt zwischen Russland und Weißrussland über die Einhebung von Abgaben aus den Erdölverkäufen wird ein Kompromiss gefunden. Seit Jahresbeginn hat Russland von Weißrussland die gleiche Exportabgabe (180 \$ je Tonne) gefordert wie von allen anderen Ländern. Als Weißrussland eine Transitgebühr einheben und diese in Form von Entnahmen aus der Pipeline einbehalten wollte, unterbrach Russland am 8. Jänner kurzfristig die Zufuhr von Rohöl über die Druschba-Pipeline, über die Teile Westeuropas (Deutschland, Polen) versorgt werden.

Weißrussland muss nun auf seine Erdölexporte die gleichen Abgaben einheben wie Russland. Von diesen Einnahmen soll Russland heuer 70%, 2008 80% und ab 2009 85% erhalten. Um der Zahlungsunwilligkeit Weißrusslands auszuweichen, wird Russland bei der Erdölausfuhr eine Abgabe von Weißrussland einheben, die der ausgehandelten Zollaufteilung entspricht.

14. Jänner: Das Gipfeltreffen der Asean-Plus-Staaten (Asean-Staaten plus Japan, Südkorea und China) findet auf der philippinischen Insel Cabu statt. Die Asean-Staaten zeigen sich sehr integrations- und kooperationsbereit und möchten der Gruppe mehr politisches und wirtschaftliches Gewicht verleihen. Dazu wird eine verfassungsähnliche Charta angestrebt. Institutionen mit ständigen Vertretungen aller Mitgliedsländer sollen entstehen.

25. Jänner: Anlässlich der dritten internationalen Konferenz für den Wiederaufbau des Libanon in Paris sagen 40 Geberländer und zahlreiche internationale Organisationen Kredite und Darlehen im Umfang von 7,6 Mrd. \$ zu (darunter Saudiarabien 1 Mrd. \$, Europäische Investitionsbank 960 Mio. €, Weltbank 1 Mrd. \$, USA 770 Mio. \$, Frankreich 500 Mio. €, Europäische Kommission 400 Mio. €). Von den zugesagten Be-

Ausland

EU-Erweiterung

Venezuela: Verstaatlichung

Erdölkonflikt Russland-
Weißrussland

Asean-Plus-Staaten

Konferenz für den
Wiederaufbau des Libanon

Weltklimabericht

trägen der Vorgängerkonferenzen wurden nur etwa die Hälfte realisiert. Mit einer Staatsverschuldung von 40 Mrd. \$ (180% des BIP) zählt der Libanon zu den höchstverschuldeten Ländern der Welt.

2. Februar: Der Weltklimabericht "Climate Change 2007" des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wird in Paris vorgestellt. Er stellt fest, dass sich das Klima weltweit erwärmt und dass dieser Effekt in den letzten 50 Jahren wahrscheinlich wesentlich durch anthropogene Treibhausgasemissionen (hauptsächlich Kohlendioxid) verursacht wurde.

Die globale Oberflächentemperatur ist von 1906 bis 2005 um 0,74° gestiegen, elf der letzten zwölf Jahre waren die wärmsten dieses Zeitraums. Der Temperaturanstieg war in den letzten 50 Jahren doppelt so hoch wie über die letzten 100 Jahre und wahrscheinlich höher als jemals zuvor. In der Arktis hat sich das Klima doppelt so stark erwärmt wie im globalen Durchschnitt. Weiters hat die Häufigkeit heftiger Niederschläge zugenommen, die schneebedeckte Fläche hat sich seit 1980 um 5% verringert. Durch das Schrumpfen der Gletscher steigt der Meeresspiegel um 0,8 mm pro Jahr, das Meereis der Arktis geht seit 1978 im Jahresdurchschnitt um 8% und im Sommer um 22% zurück; in der Antarktis ist kein Rückgang zu beobachten. Auf Grönland und in der Antarktis verlieren die Eisschilde Masse durch Schmelzen und Abbrüche und tragen dadurch mit 0,4 mm zum Anstieg des Meeresspiegels bei. Die oberen Schichten des Permafrostbodens haben sich seit 1980 um 3° erwärmt, die Fläche des saisonal gefrorenen Bodens hat sich seit 1900 um 7% und im Frühjahr sogar um 15% verringert. Auch die Erwärmung der Ozeane trägt zum globalen Anstieg des Meeresspiegels bei, der seit 1993 jährlich um 3 mm und im 20. Jahrhundert um 17 cm gestiegen ist.

Projektionen für die nächsten 100 Jahre zeigen je nach Szenario eine Klimaerwärmung um 1,1° bis 6,4° und einen Anstieg des Meeresspiegels um 18 cm bis 59 cm. Der Niederschlag wird wahrscheinlich in höheren Breiten zunehmen, in den Tropen und Subtropen abnehmen. Aufgrund der Trägheit des Klimasystems hängt die Erwärmung in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht nur von der Entwicklung der Emissionen ab: Sogar bei sofortiger Einstellung aller Emissionen ist mit einem weiteren Temperaturanstieg um 0,6° zu rechnen.

Europäischer Rat: Klimapolitik

8.-9. März: Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsländer legen die Vorgaben für die künftige Klima- und Energiepolitik der Union fest, mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen zu senken, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern und den Wettbewerb im Energiesektor zu stärken. Die EU-Länder verpflichten sich, bis 2020 die Emissionen von Treibhausgasen um mindestens 20% des Wertes von 1990 zu reduzieren. Sollten andere Staaten diese Zielvorgaben auch akzeptieren, so billigt der Europäische Rat die Vorgabe, den Abbau der Emissionen in der EU auf 30% zu erhöhen, um die Vorreiterrolle Europas für den Klimaschutz zu dokumentieren. Langfristig (bis 2050) wäre eine Verringerung der Emissionen um 60% bis 80% anzustreben. Eine neue globale Klimaschutzverpflichtung nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 wird angestrebt. Als verbindliches Ziel wird vereinbart, dass erneuerbare Energie 2020 20% des Gesamtverbrauchs ausmachen soll. Dabei soll jedoch auf die individuelle Ausgangslage in den einzelnen Ländern, den Energiemix sowie auf das länderspezifische Potential zur Gewinnung erneuerbarer Energie, (z. B. die Verfügbarkeit von Flächen zur Windenergie- oder Biomassegewinnung) Rücksicht genommen werden. Der Anteil von Biokraftstoffen am Benzin- und Dieselverbrauch soll 2020 mindestens 10% betragen. Durch Steigerung der Energieeffizienz sollen 20% des für 2020 prognostizierten Energieverbrauchs eingespart werden. Keine Entscheidung wird über die Trennung von Produktion und Netzbetrieb der Energiekonzerne getroffen.

Europäische Zentralbank: Leitzinssätze

14. März: Die Europäische Zentralbank erhöht die Leitzinssätze um 0,25 Basispunkte. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird auf 3,75%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 4,75% und der Zinssatz für die Einlagefazilität auf 2,75% angehoben.

EU: 50-Jahr-Jubiläum

25. März: Anlässlich der Feiern zum 50-Jahr-Jubiläum der als "Römische Verträge" bezeichneten Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft verabschieden

die 27 Staats- und Regierungschefs die "Berliner Erklärung" (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/misc/93284.pdf). Sie gilt als neuer Beginn, um eine Verfassung oder ähnliche Verträge für die EU bis 2009 umzusetzen. Die Erklärung besagt, dass sich die Idee Europas mit der Hoffnung auf Frieden und Verständigung erfüllt hat; Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien die Basis für ein vereintes Europa. Das europäische Modell vereine wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung werden als die wirtschaftliche Grundlage Europas hervorgehoben. Um das Erreichte für künftige Generationen zu schützen, müsse die politische Gestalt Europas erneuert werden. Dazu wird die Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage gestellt werden. Unterzeichnet wird das Dokument von der Ratsvorsitzenden Angela Merkel, dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes Gert Pöttinger.

28. März: Die schwedische Regierung beschließt, noch in diesem Jahr die Vermögensteuer abzuschaffen, um Schwedens Position im internationalen Wettbewerb zu stärken. Der Steuersatz beträgt derzeit 1,5% für Vermögen über 1,5 Mio. sKr. Das daraus resultierende Steueraufkommen betrug 2006 4,8 Mrd. sKr.

Schweden: Vermögensteuer

Die XXIII. österreichische Bundesregierung setzt sich zu ihrem Amtsantritt den Schwerpunkt, Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Die finanziellen Voraussetzungen dafür muss das Doppelbudget 2007/08 schaffen. Es sieht für 2007 und 2008 ein Maastricht-Defizit unter 1% des BIP vor. Die österreichische Klimastrategie soll die international und von der EU vorgegebenen Ziele zur Eindämmung der Klimaerwärmung mit nationalen Maßnahmen umsetzen.

Österreich

11. Jänner: Die Bundesregierung wird angelobt. Die Gliederung der Ministerien und Staatssekretariate lautet:

XXIII. Bundesregierung

- Dr. Alfred Gusenbauer, Bundeskanzler,
- Mag. Wilhelm Molterer, Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen,
- Doris Bures, Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst,
- Dr. Ursula Plassnik, Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten,
- Dr. Andrea Kdolsky, Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend,
- Günther Platter, Bundesminister für Inneres,
- Dr. Maria Berger, Bundesministerin für Justiz,
- Dipl.-Ing. Josef Pröll, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
- Mag. Norbert Darabos, Bundesminister für Landesverteidigung,
- Dr. Erwin Buchinger, Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz,
- Dr. Claudia Schmied, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur,
- Werner Faymann, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie,
- Dr. Martin Bartenstein, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit,
- Dr. Johannes Hahn, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung,
- Dr. Reinhold Lopatka, Staatssekretär im Bundeskanzleramt,
- Heidrun Silhavy, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt,
- Dr. Hans Winkler, Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten,
- Dr. Christoph Matznetter, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen,
- Christa Kranzl, Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie,
- Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Regierungsprogramm

Das Regierungsprogramm (<http://www.bundesregierung.at/DocView.axd?CobId=19542>) setzt in der Wirtschaftspolitik einen Schwerpunkt auf der Steigerung von Wachstum und Beschäftigung mit dem Ziel, bis 2010 Vollbeschäftigung wieder herzustellen und die Wettbewerbsposition des Wirtschaftsstandortes Österreich beizubehalten. Unter der Bedingung eines ausgeglichenen Budgets über den Konjunkturzyklus sollen diese Ziele durch Zukunftsinvestitionen in Bildung, Weiterbildung, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur erreicht werden. Weitere Schwerpunkte sind die Verwaltungsreform und die Armutsbekämpfung. Diese soll durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung und einen Mindestlohn von 1.000 € pro Monat umgesetzt werden. Das Abkommen sieht die Weiterentwicklung des Sozial- und Gesundheitssystems und die Erhaltung der Lebensqualität und der Umweltqualität in Österreich vor.

Verfassungsgerichtshof:
Erbschaftsteuer

7. März: Der Verfassungsgerichtshof erkennt die derzeitige Gestaltung der Erbschaftsteuer als verfassungswidrig und hebt die Regelung im Erbschaftsteuerrecht auf, durch die der "Erwerb von Todes wegen" der Steuer unterworfen ist. Dabei bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Erbschaftsteuer an sich; kritisiert wird die Festlegung der Bemessungsgrundlage für Grundbesitz mit dem dreifachen Einheitswert, weil dieser den konkreten gegenwärtigen Wert nicht widerspiegelt und somit gleichheitswidrig sei (http://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/4/0/5/CH0003/CMS1174294921691/erbschaftssteuer_g54-06.pdf). Der Verfassungsgerichtshof räumt dem Gesetzgeber eine "Reparaturfrist" bis 31. Juli 2008 ein. Mit einer Aufhebung der Schenkungsteuer ist zu rechnen, da diese Steuer die gleiche Bemessungsgrundlage verwendet.

Klimastrategie

21. März: Der Ministerrat beschließt die österreichische Klimastrategie (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0069.pdf>). Österreich verpflichtet sich darin, in der Periode 2008/2012 die Treibhausgasemissionen (2005 etwa CO₂-Emissionen 93,2 Mio. t) um 13% des Niveaus von 1990 zu senken. Bis 2012 müssen 24,5 Mio. t CO₂ eingespart werden. Unter Einbeziehung der flexiblen Mechanismen (Kauf von Emissionszertifikaten; CDM – Clean Development Mechanism, JI – Joint Implementation) im geplanten Ausmaß von –9 Mio. t muss Österreich noch etwa 15,4 Mio. t einsparen. Diese Einsparungen werden zu 36% durch den Kauf von Emissionszertifikaten erreicht; dafür stehen 2007 bis 2013 214 Mio. € zur Verfügung. Die weitere Verringerung um 15,4 Mio. t CO₂ verteilt sich auf Verkehr (–5 Mio. t CO₂), Raumwärme (–3,7 Mio. t CO₂), Energieaufbringung (–3 Mio. t CO₂) und Industrie (–1,5 Mio. t CO₂). Ein Klimaschutzfonds wird die Forschung und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fördern. Er wird heuer mit 50 Mio. € und 2008/2010 jährlich mit 150 Mio. € dotiert. Von der für 1. Juli geplanten Anhebung der Mineralölsteuer auf Dieselkraftstoff (+0,05 € je Liter) und Benzin (+0,03 € je Liter) werden jeweils 0,02 € in den Klimaschutzfonds fließen. Die Mineralölsteuererhöhung soll jährlich Einnahmen von 200 Mio. € bringen. Gleichzeitig wird die Pendlerpauschale um 10% angehoben; die voraussichtlichen Kosten dieser Maßnahme werden auf 18 Mio. € geschätzt. Investitionen in den Nahverkehr sollen den Verzicht auf den motorisierten Individualverkehr erleichtern¹⁾.

Infrastrukturpaket

26. März: Verkehrsminister Werner Faymann und Finanzminister Wilhelm Molterer stellen ein umfangreiches Infrastrukturpaket vor. Bis 2010 sollen 11 Mrd. € in den Schienen- und Straßenausbau investiert werden. Für Bahnprojekte sind 6,4 Mrd. € und für den Straßenbau 4,6 Mrd. € vorgesehen.

Stabilitätsprogramm 2006 bis 2010

28. März: Das österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010 wird der Europäischen Kommission vorgelegt. Die Bundesregierung verfolgt damit drei Ziele:

¹⁾ Zur Frage der nachhaltigen Mobilität siehe auch Meyer, I., "Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(4), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28826&typeid=8&display_mode=2, und Gebetsroither, B., Getzner, M., Steininger, K. W., "Quantitative Evaluierung klimarelevanter verkehrspolitischer Maßnahmen in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(4), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28827&typeid=8&display_mode=2.

- einen ausgeglichenen Haushalt über den Konjunkturzyklus,
- forcierte Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Bildung und Universitäten sowie Soziales zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung,
- Fortsetzung der Strukturreformen in der öffentlichen Verwaltung, in der Wettbewerbspolitik und der Arbeitsmarktpolitik; die dadurch erzielten Einsparungen sollen für eine künftige Steuerreform verwendet werden.

Unter der Voraussetzung eines realen BIP-Wachstums von 2,7% im Jahr 2007, 2,3% 2008, 2,5% 2009 und 2,6% im Jahr 2010 ist ein Finanzierungssaldo des Gesamtstaates von -0,9%, -0,7%, -0,2% und +0,4% des BIP geplant. Um dies zu erreichen, wird die Verschuldung des Bundes (2007 -1,3%, 2008 -1,2%, 2009 -0,7%, 2010 -0,1% des BIP) durch die Überschüsse der Länder und Gemeinden ausgeglichen (2007 +0,4%, 2008 +0,5%, 2009 +0,5%, 2010 +0,5% des BIP). Dabei soll die Schuldenquote schrittweise von 61,2% des BIP im Jahr 2007 auf 56,8% 2010 gesenkt werden. Der Anstieg des HVPI wird für diese Periode mit +1,6% bis +1,8% prognostiziert. Die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) wird 2007 mit 4,5%, 2008 mit 4,2%, 2009 mit 4,1% und 2010 mit 3,9% ausgewiesen.

29. März: Finanzminister Wilhelm Molterer stellt das Doppelbudget 2007/08 im Parlament vor. Das Maastricht-relevante öffentliche Defizit des Staates soll 2007 0,9% und 2008 0,7% des BIP²⁾ ausmachen. Die Schuldenquote (Maastricht-Saldo) wird 2007 61,2% und 2008 59,9% des BIP betragen. Der Bundesvoranschlag sieht für 2007 Einnahmen von 65,7 Mrd. € und Ausgaben von 69,6 Mrd. € vor. Für 2008 sind Einnahmen von 66,9 Mrd. € und Ausgaben von 69,9 Mrd. € veranschlagt. Daraus ergibt sich ein Maastricht-Defizit des Bundes von 1,3% des BIP für 2007 bzw. 1,2% des BIP für 2008.

Grundsätzlich wird angestrebt, das gesamtstaatliche Defizit zu senken und 2010 einen positiven Saldo zu erreichen. Für die "Forschungsoffensive" sind zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Mitteln (295 Mio. €) für das Jahr 2007 40 Mio. € und für 2008 80 Mio. € angesetzt. Im Bereich "Bildung" werden heuer zusätzlich 40 Mio. € und im nächsten Jahr 145 Mio. € aufgewandt. Die Universitäten erhalten 2007 um 172 Mio. € und 2008 25 Mio. € höhere Zuwendungen als im Vorjahr.

Für die soziale Absicherung stellt der Bund 2007 185 Mio. € und 2008 260 Mio. € an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung. Davon werden jeweils 118 Mio. € für die Anhebung der Mindestpensionen auf 726 € pro Monat verwendet. In beiden Jahren werden weiterhin Sondermittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik von 200 Mio. € bereitgestellt. Die Ausgaben für den Umwelt- und Klimaschutz werden heuer um 100 Mio. € und 2008 um 27 Mio. € steigen. Für die Infrastrukturoffensive werden in dieser Legislaturperiode 10,5 Mrd. € bereitgestellt. Diese Mittel werden zum Teil durch die Anhebung der Mineralölsteuer mit 1. Juli 2007 finanziert: Dieselkraftstoff wird zusätzlich mit 0,05 € belastet (davon fließen 0,03 € in die Infrastrukturoffensive zur Finanzierung von Asfinag und ÖBB, 0,02 € werden für die Umsetzung der Klimastrategie verwendet), Benzin mit zusätzlich 0,03 € (davon 0,01 € für die Infrastrukturoffensive und 0,02 € für die Umsetzung der Klimastrategie).

29. März: Die voestalpine AG gibt ihr Interesse an der Übernahme der Böhler Uddeholm AG bekannt. Unter der Voraussetzung, mehr als 50% der stimmberechtigten Aktien zu erhalten, wird die voestalpine AG die Anteile der Fries-Gruppe (20,95%) um etwa 730 Mio. € kaufen und stellt weiteren Aktionären ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot zu einem Angebotspreis von 69 € je Aktie. Der Vorstand des Böhler-Uddeholm-Konzerns begrüßt den Beschluss der voestalpine AG.

30. März: Die Daten der Maastricht-Notifikation für 2006 werden bekannt gegeben: Das öffentliche Defizit betrug 2006 2,9 Mrd. € bzw. 1,1% des BIP, der öffentliche Schuldenstand erreichte Ende 2006 159,5 Mrd. € bzw. 62,2% des BIP.

Doppelbudget 2007/08

voestalpine AG: Übernahme der Böhler Uddeholm AG

Maastricht-Notifikation

²⁾ Das reale Wachstum des BIP wurde, basierend auf der WIFO-Prognose vom Dezember 2006, für 2007 mit 2,7% und für 2008 mit 2,3% angenommen.